



Newsletter

Mai 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

gute Zeiten für Europa und auch gute Zeiten für Liberale! Alle Befürworter der Europäischen Union können aufatmen nach dem deutlichen Sieg von Emmanuel Macron über Marine le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Es kommt also zu keinem „Frexit“, und der neue Präsident tritt erklärtermaßen an, um nicht nur Frankreich, sondern auch die EU zu reformieren. Dabei verdient er alle Unterstützung! Optimistisch stimmt mich unter anderem, dass meine ALDE-Kollegin Sylvie Goulard, eine enge Beraterin Macrons im Wahlkampf, mit dem Verteidigungsministerium ein wichtiges Ressort übernommen hat, auch im Sinne der Weiterentwicklung zu einer europäischen Verteidigungsunion.

Auch für uns Freie Demokraten läuft zur Zeit alles „rund“. Nach den 2-stelligen Ergebnissen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen steht die FDP jeweils in Koalitionsverhandlungen für die Regierungsneubildung. Gute Aussichten für den Wiedereinzug in den Bundestag im September, wenngleich auch diese Wahl erstmal erfolgreich bewältigt werden muss. Zur Vorbereitung fuhr ich mit meinem Team nach den Osterferien nach Berlin zum FDP-Bundesparteitag, um mit rund 660 anderen Delegierten aus ganz Deutschland das Wahlprogramm zu beraten und die Kernpunkte abzustimmen. Mir war es natürlich wichtig, mein Leib-und-Magen-Thema Meerespolitik und „blaues Wachstum“ einzubringen, was erfreulicherweise geklappt hat.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine gute Woche und frohe Pfingsten!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EU-Kommission bereitet Straßenverkehrspaket vor - Erste Debatten werden geführt	Seite 3
Brexit: Plenum berät über Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs	Seite 3
Antrittsbesuch des neuen UN-Generalsekretärs Guterres in Straßburg	Seite 3
Parlament verabschiedet Forderungen gegen Lebensmittelverschwendung	Seite 4

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatteerin)	Seite 5
Kommission und Mitgliedsstaaten beschließen Braunkohleausstieg durch die Hintertür	Seite 5
Wälder und Klimawandel: Verantwortung von Waldbesitzern muss in der Diskussion über „LULUCF“ im Vordergrund bleiben	Seite 5
Meeresgruppe Searica: UNESCO-Absprachen und Einsatz für die Inselwelt	Seite 6
Besucherguppe aus Niedersachsen in Straßburg	Seite 6
Eine Woche Europa: Das ALDE Young Visitors Programm	Seite 6
Calenberger Bürgermeister zu Besuch in Brüssel	Seite 7
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 7

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Kreisparteitag in Poppenhagen	Seite 8
Europäischer Tag der Meere in Poole	Seite 8
Maritime Ministerkonferenz in Valletta/ Malta	Seite 8
TRAN-Delegation ins Baltikum	Seite 8
70 Jahre FDP in Niedersachsen	Seite 9

IV. Europa unter der Lupe

Die Sache mit dem Lobbyismus	Seite 10
------------------------------	----------

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EU-Kommission bereitet Straßenverkehrspaket vor - Erste Debatten werden geführt

Am 31. Mai wird die EU-Kommission ein großes Gesetzespaket zum Thema Straßenverkehr vorlegen, das danach in die Verhandlungen von Parlament und Rat gehen dürfte. Sie reagiert in der Debatte damit auch auf eine Resolution des EU-Parlaments, in der wir einige Forderungen an die Kommission gestellt haben. Dazu gehört allerdings auch die Forderung nach einer europäischen Straßenagentur, gegen die ich mich klar aussprechen habe, da eine neue Behörde aus meiner Sicht nur unnötig viel Bürokratie verursacht und Geld kostet. Stattdessen sollten die Mitgliedsstaaten konsequent ihre Gesetze anwenden und selber für eine effiziente Aufsicht sorgen.

Innovationen im Mobilitätssektor müssen zugelassen werden, bevor sie durch zu viel Regulierung im Keim erstickt werden. Für alternative Antriebe muss die Infrastruktur geschaffen werden, damit diese auch überall zum Einsatz kommen können: Wir brauchen mehr Ladestationen für elektrische Antriebe sowie Wasserstoff und Flüssiggas, mit denen ebenfalls Fahrzeuge betrieben werden können. Dann kann auch der Straßenverkehr seinen Anteil zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens leisten. Und zu guter letzt muss auch die Attraktivität des Fahrerberufs gesteigert werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden, da es in der Branche große Nachwuchsprobleme gibt. Auch Frauen könnten von Verbesserungen in diesem Bereich profitieren, wenngleich ihr Anteil unter den Fahrern verschwindend gering ist.

Dieses Gesetz dürfte eines der wichtigsten Projekte in der EU-Verkehrspolitik werden und könnte neben der Decarbonisierung unsere Mobilität nachhaltig verändern. Es bleibt zu hoffen, dass es noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, damit nicht die einzelnen Maßnahmen gestückelt werden können und es dadurch zu einer Zersplitterung des Binnenmarktes durch verschiedene nationale Regelungen kommt. Denn eigentlich ist das Straßenverkehrspaket eine optimale Gelegenheit, den Binnenmarkt ein gutes Stück voranzubringen.

Brexit: Plenum berät über Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs

Nach der schnellsten Sitzung des Europäischen Rats aller Zeiten (15 Minuten) Ende April zeigte auch das Parlament in Straßburg weitgehende Einigkeit mit der Position der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. So muss im Falle des Brexits die EU geschlossener als je zuvor stehen, um Einigkeit zu demonstrieren und so die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Dabei betonten einige Abgeordnete auch, dass die EU aus dem Brexit lernen müsse und besser erklären müsse, was sie tue und was nicht.

Der Chefunterhändler für die EU in den Brexit-Verhandlungen, Michel Barnier, erinnerte die Parlamentarier an die wichtigsten Positionen, mit denen die EU in die Verhandlungen ab Juni gehe: Der Status von EU-Ausländern in Großbritannien müsse geklärt werden, die Grenze zwischen Irland und Nordirland müsse offen bleiben und Großbritannien müsse seine bereits zugesagten finanziellen Verpflichtungen einhalten. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte, dass die auf dem Ratstreffen demonstrierte Einigkeit das Leitmotiv der EU bei den Verhandlungen darstellen müsse, die nach den britischen Parlamentswahlen im Juni beginnen werden. Von da an haben beide Seiten knapp zwei Jahre Zeit, ein Abkommen zu schließen, das für alle Beteiligten rechtliche Sicherheit schafft. Geschieht dies nicht, scheidet Großbritannien unkontrolliert aus der EU aus. Wir sollten dies verhindern, doch die EU darf ihre roten Linien in den Verhandlungen nicht überschreiten. Es muss klar bleiben, welche Vorteile die Mitgliedschaft in der EU bringt und welche Konsequenzen ein Austritt hat.

Aufgrund der letzten Wahlergebnisse betonte unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt – gleichzeitig Brexit-Verhandlungsführer des Parlaments -, dass der Brexit und die Verwirrung in Großbritannien den Menschen zeige, dass ein Austritt aus der Europäischen Union keine Lappalie sei und jetzt Vielen klar würde, dass eine Reform der EU besser sei als ein Austritt. Daher müssten die Verhandlungen eine Gelegenheit sein, über eine EU-Reform nachzudenken. Die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Staatspräsidenten könnte ein erster Schritt in diese Richtung gewesen sein.

Antrittsbesuch des neuen UN-Generalsekretärs Guterres in Straßburg

António Guterres ist seit dem 01. Januar 2017 als Nachfolger von Ban-Ki Moon im Amt und der erste EU-Staatsbürger, der dieses Amt innehat. Am 17. Mai trat er nun in Straßburg vors Plenum, um die Rolle der

Europäischen Union für das Ziel einer friedlichen Welt hervorzuheben. Das Engagement der EU bei Friedensmissionen, beim Bewältigen und Managen der Globalisierung und ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz mache aus ihr einen der wichtigsten Verbündeten der Vereinten Nationen. "Ein starkes und geeintes Europa ist ein Grundpfeiler für starke und wirksame Vereinte Nationen.", so Guterres.

Mehrfach lobte er das Engagement der EU in Krisengebieten und betonte trotz allem, dass wir eine der längsten Friedensperioden aller Zeiten durchleben würden, denn Kriege zwischen zwei Staaten seien bis auf wenige Ausnahmen ein Phänomen der Vergangenheit. Nun gelte es aber, sich auf die heutigen modernen Formen von bewaffneten Konflikten einzustellen und dementsprechend zu reagieren. Dies könne nur durch eine Stärkung der Vereinten Nationen geschehen, und der EU komme eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung zu.

Ein zweiter wichtiger Punkt sei die Rolle der Vereinten Nationen beim Thema Menschenrechte. So müsse die EU mehr darüber nachdenken, legale Wege für Migration zu schaffen, um Schmugglern und Schleusern das Handwerk zu legen. Auch die Kooperation mit den afrikanischen Staaten sei hierbei von größter Wichtigkeit. Passend dazu sprach bereits am Tag zuvor der derzeitige Präsident der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki, zu uns im Plenum. Die Abgeordneten quittierten die Rede des Generalsekretärs mit stehendem Applaus, der uns alle wieder daran erinnerte, dass die EU viel mehr ist als nur eine Wirtschaftsunion, sondern eines der wichtigsten Friedensprojekte der Geschichte.

Parlament verabschiedet Forderungen gegen Lebensmittelverschwendung

Der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung gehört zu den Prioritäten für meine Arbeit in diesem Mandat. Das Parlament verabschiedete einen Initiativbericht zu diesem Thema. Unter anderem darin enthalten ist die Forderung nach einer Definition und einer einheitlichen Messmethode von Lebensmittelverschwendung. Das ist sinnvoll, da zwar bereits eine Forderung zur Senkung der Lebensmittelverschwendung um 50% im Rahmen des Kreislaufwirtschaftspakets beschlossen wurde, jedoch unklar ist, wie diese genau gemessen und definiert wird.

Ebenfalls positiv ist, dass Akteure in der Lebensmittelkette, also zum Beispiel der Handel, als Teil der Lösung, nicht Teil des Problems gesehen werden sollen. So fordert das Parlament die Vereinfachung von Lebensmittelspenden. In einigen Mitgliedsstaaten ist es für den Handel leider einfacher, Lebensmittel wegzuerwerfen als zu spenden, da sie sonst besteuert würden. Auch spielen logistische Hürden, gerade im ländlichen Raum, eine Rolle. Diese Hindernisse zu beseitigen ist ein wichtiger Schritt. Der Vorschlag zu verpflichtenden Lebensmittelspenden ist vom Tisch. Ich glaube auch nicht, dass eine solche Forderung praxistauglich wäre.

Schaut man sich die Statistiken an, wird aber eines schnell klar: am meisten wird immer noch im Privathaushalt weggeworfen. Das Verbraucherverhalten ist demnach ausschlaggebend. Hier muss Aufklärung geleistet werden darüber, welche Bedeutung und welcher Wert Lebensmitteln zukommt und wie man z.B. durch sinnvolle Einkaufsplanung und Resteverwertung Verschwendung vermeiden kann. Letzten Endes liegt es in unser aller Verantwortung, bewusst mit Lebensmitteln umzugehen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatlerin)

Begonnen habe ich mit der Arbeit an diesem Gesetz 2016 noch unter niederländischer Ratspräsidentschaft. Die ersten beiden Trilogie – also Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament – wurden unter slowakischer Ratspräsidentschaft geführt. Mit den Maltesern scheint jetzt der Durchbruch zu gelingen. Worum geht es bei dem Gesetzesvorschlag? Nun, die Ausbildung der Binnenschiffer soll europaweit vereinheitlicht werden, um eine bessere Arbeitnehmermobilität sicherzustellen. Bisher gibt es auf dem Rhein andere Qualifikationsschwerpunkte als auf der Donau für die Besatzung von Binnenschiffen, und in Finnland (wo es sogar schwimmende Saunen mit Außenbordmotor gibt) gelten noch andere Gesetze für die Qualifikation. Die Verhandlungen steckten bislang fest, weil verschiedene Mitgliedstaaten von dem Gesetz ausgenommen werden wollten: Malta, Zypern und Dänemark, weil sie gar keine schiffbaren Flüsse haben, andere Länder wie Schweden, Spanien oder Portugal, weil sie nicht mit dem Kanal- und Flussnetz der EU verbunden sind. Solange es die EU gibt – was hoffentlich noch sehr lange der Fall ist -, können wir aber nicht zulassen, dass jeder Mitgliedstaat von Fall zu Fall entscheiden kann, ob er bei einem Gesetz zur Arbeitnehmermobilität (einer der Grundpfeiler der EU) mitmacht oder nicht. Wahrscheinlich wird die Lösung jetzt darin liegen, dass alle Länder (mit Ausnahme der 3, die gar keine Binnenschifffahrt haben) das EU-Zertifikat anerkennen und auf ihren Binnengewässern zulassen, aber daneben jeweils weiterhin auch nur national gültige „Führerscheine“ ausstellen können. Demnächst mehr dazu.

Kommission und Mitgliedsstaaten beschließen Braunkohleausstieg durch die Hintertür

Sogenannte „BREF-Dokumente“ sind Schlussfolgerungen, die Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsanlagen, wie zum Beispiel Kohlekraftwerke, festlegen. Diese Grenzwerte sollen nach der Industrieemissions-Richtlinie aufgrund der in der EU bestverfügbaren Technik abgeleitet werden. Am 28. April hat nun die Kommission ein solches Dokument für Quecksilber und NOx verabschiedet. Allerdings wurden während der Datenerhebung Fehler gemacht. Die Fehler wurden zwar korrigiert, allerdings wurden die Quecksilbergrenzwerte nicht den tatsächlichen Messungen angepasst. Das könnte nun dazu führen, dass die Grenzwerte für einige deutsche Kraftwerke schwer oder gar nicht zu erreichen sind und diese somit schließen müssen, sofern es keine Ausnahmeregelung gibt. Ich habe die verantwortlichen Kommissionsbeamten mehrfach auf diese Fehler aufmerksam gemacht. Allerdings hatte man seitens der Kommission kein Interesse, die Werte noch einmal zu überprüfen, und stattdessen auf den „formalen Prozess“ hingewiesen.

Es ist wichtig, den Anteil der fossilen Brennstoffe im Energiemix deutlich zu reduzieren. Allerdings sollten Beschlüsse dazu demokratisch und mit einer Debatte getroffen werden. Es ist nicht Aufgabe der Kommission, politische Entscheidungen durch ein technisches Mandat herbeizuführen. Der Energiemix ist nicht zuletzt Sache eines jeden Mitgliedsstaates. Deshalb stimmte der Umweltausschuss über einen entsprechenden Einspruch ab, bei dem aber die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde. Jetzt liegt es am Rat, der in einer Frist von acht Wochen Einspruch erheben kann.

Wälder und Klimawandel: Verantwortung von Waldbesitzern muss in der Diskussion über „LULUCF“ im Vordergrund bleiben

Hinter dem Namen „LULUCF“ (Land-Use, Land-Use-Change and Forestry) verbirgt sich ein Gesetz über CO₂-Emissionen und CO₂-Reduzierung, die sich durch die Flächennutzung ergeben (zum Beispiel durch Forstwirtschaft). Aufgrund ihrer ökologischen Funktion tragen Wälder zur Eindämmung des Klimawandels bei. Demnach sollen sie stärker in die Klimapolitik der EU einbezogen werden. Dies ist richtig, allerdings müssen hierbei einige Aspekte berücksichtigt werden. Waldbesitzern darf dadurch kein höherer Bürokratieaufwand entstehen, ebenso sollen die Mitgliedsstaaten keine weiteren Berichtspflichten auferlegt bekommen. Nationale Akteure müssen in europäische Entscheidungen einbezogen werden. Die

Forst-Referenzwerte müssen außerdem weiterhin national entschieden und nicht zentral durch die Kommission erlassen werden.

Generell setze ich mich dafür ein, dass die Rechte von Waldbesitzern und Nutzern geschützt werden. Waldbesitzer wissen am besten, wie nachhaltige Bewirtschaftung funktioniert, denn sie liegt in ihrem eigenen Interesse. Dazu brauchen wir keine zusätzlichen Managementpläne.

Meeresgruppe Searica: UNESCO-Absprachen und Einsatz für die Inselwelt

Zusammen mit der UNESCO haben wir Ende April eine Konferenz über eine bessere maritime Bildung organisiert. Mit dem Generaldirektor - sozusagen Staatssekretär des Kommissars - für Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission, Joao Aguiar Machado aus Portugal, diskutierten rund 30 Abgeordnete und Vertreter maritimer Forschungseinrichtungen, NGOs und Unternehmen darüber, wie Ozeane besser in der öffentlichen Wahrnehmung verankert werden könnten. Als Ergebnis der Veranstaltungen habe ich gemeinsam mit sieben weiteren Mitgliedern unserer Intergroup einen Vorschlag über eine Anschubfinanzierung für die Einrichtung eines Zentrums für maritime Bildung in Brüssel eingereicht. Im Rahmen der anstehenden Budgetverhandlungen ist es möglich, vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Pilotprojekte zu finanzieren. Mit diesem Zentrum wäre es möglich, eine engere länderübergreifende Verknüpfung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie Forschungs- und Bildungszentren zu ermöglichen. Nicht nur ist es entscheidend, noch mehr Wissen über unsere Ozeane zu generieren, sondern mindestens genauso wichtig ist es, die nächsten Generationen möglichst frühzeitig über die große Bedeutung der Meere für das Klima, Wirtschaft, Rohstoffe und Energie, aber auch unsere Ernährung und Gesundheit aufzuklären.

In der letzten Straßburg-Sitzungswoche standen Inseln und ihre besonderen geografischen und infrastrukturellen Herausforderungen im Mittelpunkt einer Veranstaltung. Unter Leitung von 2 unserer Vizepräsidenten - Sofia Ribeiro (EPP) von den Azoren und Tonina Picula (S&D), ehemaliger kroatischer Außenminister - diskutierten insgesamt 9 weitere Abgeordnete und Mitglieder unserer Meeresgruppe mit Experten aus Wirtschaft, Regionalparlamenten und NGOs über Tourismus, Umweltschutz und Meeresgesundheit auf der europäischen Inselwelt, die ja mit den zur EU gehörigen Kolonial-Außenbereichen bis vor die Küste Lateinamerikas reicht. Natürlich ging es dabei auch um verkehrstechnische Anbindung und angemessene Versorgung mit EU-Finzen über den Regionalfonds.

Besucherguppe aus Niedersachsen in Straßburg

Im Mai hat mich eine buntgemischte Besuchergruppe aus Niedersachsen – die größten Einzelgruppen waren mein Landfrauenvorstand und Senioren der Eisenbahnergewerkschaft - zur Plenarsitzung im Europaparlament in Straßburg besucht. Nach einem gemeinsamen Abendessen am Dienstagabend in einem klassischen elsässischen Restaurant am Straßburger Münster konnte es am nächsten Morgen losgehen. Das Programm startete mit einer kurzen Führung durch die Parlamentsgebäude, gefolgt von einem humorvollen Bericht eines Parlamentsmitarbeiters über die allgemeine Arbeitsweise dieser europäischen Institution. Anschließend konnte ich in kleiner Runde meine Arbeit im Parlament vorstellen und alle Fragen über das Leben einer Abgeordneten beantworten. Danach ging es auf die Besuchertribüne des Plenarsaals, wo gerade die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates zu Brexit mit dem Beauftragten der EU-Kommission für die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, Michel Barnier, und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, besprochen wurden. Nach einem gemeinsamen Gruppenfoto vor den derzeit noch 28 Flaggen der EU Mitgliedstaaten verabschiedete ich mich von allen, denn ich musste zur Ansprache des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres zurück ins Plenum. Den Nachmittag verbrachte die Gruppe mit einer Stadtführung durch die Straßburger Altstadt bei sommerlichen Temperaturen. Am nächsten Morgen ging es dann wieder zurück nach Hannover.

Eine Woche Europa: Das ALDE Young Visitors Programme

Zweimal im Jahr laden mehrere Abgeordnete in der ALDE-Fraktion junge Leute aus ganz Europa ein, die sich dann das EU-Parlament und Brüssel für eine Woche lang genauer ansehen können. Ich nutze dieses

Angebot seit einigen Jahren und ermögliche so jungen Leuten aus meinem großen Wahlkreis, sich dem Programm anzuschließen, was für sie auch die Gelegenheit bietet, andere Jugendliche aus ganz Europa kennenzulernen. Ende April waren die beiden 16-jährigen Chris Thale und Luis Moritz aus Osnabrück in Brüssel zu Besuch. Kaum angekommen, begann für die beiden auch schon ein dicht gestaffeltes Programm, welches meine Kollegen aus der Fraktion für die insgesamt 20 Jugendlichen erarbeitet hatten. Darunter waren auch der Besuch einer Plenardebatte, eine Stadtführung durch Brüssel, viele Vorträge anderer Abgeordneter und auch ein Treffen mit verschiedenen Vertretern der Botschaften aus aller Welt in Brüssel. Auch wenn ich selbst natürlich nicht bei allen Aktivitäten mit dabei sein konnte, war es mir doch wieder wichtig, mir ein wenig Zeit zu nehmen und meinen zwei Besuchern Rede und Antwort zu stehen. Abgerundet wurde das Ganze dann noch durch ein gemeinsames Foto vor dem Fraktionssaal. Die nächste Auflage des Programms findet im kommenden Herbst statt. Auch dann werde ich wieder zwei interessierte junge Menschen nach Brüssel einladen!

Calenberger Bürgermeister zu Besuch in Brüssel

Fast schon traditionsgemäß habe ich Anfang Mai eine parteiübergreifende Gruppe von Bürgermeistern aus meiner Heimatregion Calenberger Land im Europäischen Parlament in Brüssel empfangen. Auf dem Programm standen u.a. eine Führung durch die Parlamentsgebäude, die Teilnahme an einer Ausschusssitzung nach Wahl sowie Gesprächsrunden mit verschiedenen Europaabgeordneten, auch meinen beiden Kollegen Burkhard Balz und Bernd Lange aus der Region, und mir. Abends haben wir uns dann in kleiner Runde zum Abendessen im europäischen Viertel getroffen und uns über die Schnittstellen zwischen Europapolitik und der täglichen Arbeit in Niedersächsischen Gemeinden ausgetauscht. Ich halte solchen regelmäßigen Austausch für sehr wichtig; denn schließlich werden europäische Entscheidungen für alle Menschen in der EU getroffen und wirken sich damit auch auf die kommunale Ebene aus.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung; Luftverkehrspaket,
- Im Ausschuss: Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste, Aussetzung des Emissionshandels für den Luftverkehr („Stop The Clock“);

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Kreisparteitag in Poppenhagen

Sie fragen sich, wo Poppenhagen liegt? Nun, das ist ein Ort vor den Toren von Nienburg an der Weser. Der FDP-Kreisvorsitzende Heiner Werner hatte mich eingeladen, um beim Kreisparteitag und der Wahlkreismitgliederversammlung mit Wahl des Bundestagskandidaten einen aktuellen Bericht aus Europa zu geben. Gleichzeitig durfte ich auch die Ehrung eines langjährigen Kommunalpolitikers für 40 Jahre Mitgliedschaft mit vornehmen. Der im Anschluss an den Parteitag servierte (berühmte) Nienburger Spargel duftete zwar verlockend, aber da ich so viel unterwegs bin, habe ich dann doch den Abend mit meiner Familie verbracht.

Europäischer Tag der Meere in Poole

Seit 2007 gibt es die Integrierte Meerespolitik als festen Bestandteil der Europäischen Union, kurz danach wurde der „Europäische Tag der Meere“ auf den 20. Mai festgelegt. Nachdem ich 2009 den Fortschrittsbericht zur Integrierten Meerespolitik übernommen hatte und anschließend auch an allen entscheidenden weiteren Schritten wie dem „Blauen Wachstum“ und der maritimen Raumordnung beteiligt war, vertrat ich regelmäßig das europäische Parlament als Rednerin beim Tag der Meere, der jedes Jahr in einem anderen Küstenort stattfindet. Start war für mich 2010 Gijon in Nordspanien, die Teilnahme an der Abschlussrunde in Poole an der Südküste Englands war bereits mein 8. „Auftritt“. Nächstes Jahr lädt die bulgarische Stadt Burgas am Schwarzen Meer ein, aktuelle Entwicklungen von Meeresforschung und maritimer Wirtschaft zu diskutieren, 2019 folgt dann Lissabon. Da mir Meeresschutz und die nachhaltige Nutzung maritimer Ressourcen besonders wichtig sind, freue ich mich jedes Mal über neue Erkenntnisse und den Austausch mit der „maritimen Gemeinschaft“ beim Tag der Meere

Maritime Ministerkonferenz in Valletta/ Malta

Um Meerespolitik ging es auch bei der maritimen Ministerkonferenz auf Malta. Deutschland war vertreten durch den maritimen Koordinator, Staatssekretär Uwe Beckmeyer, den ich schon öfter getroffen habe. Auch hier war ich eingeladen als Vertreterin des europäischen Parlaments, insbesondere als Präsidentin der interfraktionellen Meeresgruppe Searica (www.searica.eu). Diskutiert wurden Energien aus dem Meer, blaue Biotechnologie, Kampf gegen Meeresverschmutzung, aber auch Chancen eines umweltfreundlichen nautischen Tourismus. Immer mehr Menschen entscheiden sich in den Ferien für eine Kreuzfahrt oder auch für Urlaub auf einem Boot. Zum Abschluss der Konferenz wurden die Ergebnisse in der „Erklärung von Valletta“ festgehalten und unterzeichnet.

TRAN-Delegation ins Baltikum

Alle Ausschüsse des Parlaments unternehmen regelmäßig Delegationsreisen innerhalb und auch außerhalb der EU, um sich über aktuelle Entwicklungen in dem jeweiligen Politikbereich zu informieren. In der vorigen Woche nahm ich gemeinsam mit sieben Kollegen anderer Fraktionen (die Reisen haben immer eine begrenzte Mitgliederzahl) an einer 3-tägigen Reise des Verkehrsausschusses nach Estland und Litauen teil. Von der schönen Altstadt Tallinn haben wir allerdings nichts gesehen, denn unser Programm führte uns zu den jeweiligen verkehrspolitischen Highlights. Spannend fand ich die Flugzeugwartung, bei der Maschinen unterschiedlicher Größe auseinandergenommen, Einzelteile sogar im Ultraschall auf Funktionsfähigkeit überprüft werden und Materialien unterschiedlicher Art – auch von großen Ballen wie in einer Schneiderwerkstatt – für die Überarbeitung verwendet werden. Bis zu 3 Monate kann so eine Wartung dauern. Neben dem Besuch des Containerhafens stand natürlich im digitalen Musterland Estland auch neueste Technik auf dem Programm: mitten in der Stadt folgten wir einem etwa Rasenmäher-großen Transport-Roboter bei der sicheren Ampelüberquerung bis zur Auslieferung an dem Bestimmungsort, in diesem Fall der Außenstelle des Europaparlaments. Und im digitalen Showroom erfuhren wir alles über Unternehmensgründung per Mausklick in 3 Minuten, Steuererklärung in 5 Minuten, elektronische Wahlen und vieles mehr. Umso überraschender war dann das Einchecken im Hotel: Obwohl wir namentlich

angemeldet und unsere Daten bereits übermittelt waren, mussten wir alle noch einen ausführlichen Bogen handschriftlich ausfüllen. Fazit: auch im digitalen Musterland gibt es noch viel zu verbessern! Erfreulich war für mich das Wiedersehen mit dem früheren liberalen Verkehrskommissar Siim Kallas, mit dem ich 2009 bis 2014 gut zusammen gearbeitet habe, im Rahmen eines Abendessens mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des estnischen Transportsektors.

Hauptthema in Litauen, in Vilnius und Kaunas, war die „Rail Baltica“ als wichtiges Verbindungsstück der baltischen Staaten mit der EU im Eisenbahnnetz der transeuropäischen Verkehrskorridore – auch in Tallinn hatten wir schon ausführlich darüber gesprochen. Bis vor wenigen Monaten gab es noch keine Bahnverbindung vom Baltikum zu den europäischen Nachbarstaaten, daher findet dieses Projekt auch die volle Unterstützung aller Fraktionen im Verkehrsausschuss. Eine besondere Herausforderung liegt darin, dass Estland, Lettland und Litauen auch historische Handelsbeziehungen mit Russland und Weißrussland haben, die in Zukunft für sie Bedeutung behalten. Das europäische Schienensystem ist aber um einige Zentimeter schmaler als das ehemals sowjetische. Daher gibt es in Kaunas beispielsweise beide Gleisbreiten im Bahnhof, so dass Züge jeweils von beiden Seiten einfahren und dann Umladungen vorgenommen werden können.

70 Jahre FDP Niedersachsen

Am 28. Mai 1947 wurde der Landesverband der FDP Niedersachsen gegründet – Grund zum Feiern und Anlass für einen Festakt in einem der großen Kinosäle im ehemaligen Cinemaxx Nicolaistraße in Hannover. Die Einladung fand so großen Zuspruch, dass einige Gäste das Geschehen auf der Leinwand in einem benachbarten Saal verfolgen mussten.

Redner kamen nicht nur aus den Reihen der Freien Demokraten. So sprach Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) ein launiges Grußwort zum Jubiläum der „erfahrenen alten Dame“, mit der doch immer wieder zu rechnen ist und die bisweilen sogar als Braut umworben werden sollte. Werner M. Bahlsen, parteiloser Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, erinnerte an die historische Bedeutung der FDP gerade für den Mittelstand. Fair, aber natürlich mit kleinen ironischen Seitenhieben ging es zu in einer moderierten Gesprächsrunde mit den Landtagsabgeordneten Anja Piel (Grüne), Reinhold Hilbers (CDU), Olaf Lies (SPD, Wirtschaftsminister) und Stefan Birkner, unserem FDP-Landesvorsitzenden.

Höhepunkt war die Festrede des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner (Nachfolger des ebenfalls anwesenden Philipp Rösler). Lindner erinnerte an Ludwig Erhardt, „Erfinder“ der sozialen Marktwirtschaft, der zu Beginn nur von einer Partei bundesweit Unterstützung für seine Ideen fand, nämlich der FDP. Als er daraufhin eine Einladung der Liberalen erhielt, soll er gesagt haben: „Nein, ich gehe zur CDU, da werde ich mit meinen Ideen nötiger gebraucht.“

Die Geschichte der Liberalen in Niedersachsen zeigt Jahre erfolgreicher Mitgestaltung in der Regierung, insbesondere mit Wirtschaftsministern wie unserem Ehrevorsitzenden Walter Hirche, aber auch mit dem für seine Bodenständigkeit und Weltoffenheit bekannten Europaminister Heinrich Jürgens, dessen Wahlspruch „wi könnt dat un wi mok dat“ (wir können das und wir machen das) legendär ist. Aber es gab auch außerparlamentarische Zeiten, „Bildungsurlaub“, wie Stefan Birkner es nannte. Erfolg hatten die Liberalen immer dann, wenn sie einig und geschlossen auftraten. Und besonderen Anteil an der erfolgreichen 70-jährigen Geschichte hat natürlich die engagierte Parteibasis, ohne die gar nichts geht.

IV. Europa unter der Lupe

Die Sache mit dem Lobbyismus...

Immer wieder werde ich gefragt, ob es stimmt, dass Lobbyisten soviel Einfluss haben auf unsere Entscheidungen in Brüssel. Klare Antwort: Ja, und ich halte das auch für richtig und wichtig! Entscheidend dabei ist allerdings, wie man Lobbyismus definiert. Der Begriff gründet ja darauf, dass Vertreter bestimmter Interessen vor den Türen des Plenarsaals, also in der Lobby, das Gespräch mit Abgeordneten suchen, um ihre Anliegen bzw. ihre Sicht der Dinge bezogen auf aktuelle politische Diskussionen und Gesetzesvorhaben vorzutragen. Das ist nicht nur in Brüssel gang und gäbe, das kenne ich auch schon aus dem niedersächsischen Landtag. Und woher sollen wir Politiker denn die Sichtweise Betroffener aus der Praxis kennen, wenn wir nicht mit ihnen reden? Industrie, größere Verbände und Regierungen unterhalten Büros in Brüssel, um nah am Geschehen zu sein. Dass das kein automatischer Vorteil gegenüber kleineren Vereinen oder NGOs ist, liegt an den „social media“, wo wir jederzeit erreichbar sind (beispielsweise mit einer gut organisierten e-mail-Kampagne gegen TTIP und CETA). Entscheidend ist dabei für mich, alle Seiten zu hören und nicht einseitig zu agieren. Einige Beispiele dazu: 1) Meine erste Gesetzgebung im Europaparlament, die ich federführend für die Liberalen bearbeitet habe, waren europäische Buspassagierrechte. Ich habe dazu der Reihe nach folgende Interessenvertreter in meinem Büro empfangen und mir ihre Sichtweise angehört: Busunternehmer, Busfahrergewerkschaft, Passagiervertreter, regionale Anbieter von Busverkehren usw. Danach habe ich versucht, eine angemessene Entscheidung zu treffen, um möglichst allen gerecht zu werden. 2) Nicht nur als Folge des Abgasuntersuchungsskandals bei VW, sondern schon vorher aus Gründen der Emissionsreduzierung durch den Straßenverkehr werden von Umweltschützern wie auch von Interessenvertretern der Elektromobilität E-Fahrzeuge als Lösung gewünscht und entsprechende politische Vorgaben eingefordert. PKW-Hersteller und insbesondere die Gewerkschaft der Mitarbeiter aus der PKW-Produktion bitten uns dagegen händeringend darum, den Wechsel von Diesel- zu E-Fahrzeugproduktion nicht zu schnell vorzuschreiben, da damit einhergehend ein Arbeitsplätze-Abbau stattfinden wird – E-Autos sind weniger arbeitsintensiv als Diesel-PKW. 3) Demnächst kommt die sogenannte Regelung 868 zur Mitentscheidung ins Parlament. Dabei geht es um ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Fluggesellschaften und z.B. denen aus den Golfstaaten wie Emirates, die nachweislich von den Scheichs finanziell stark unterstützt werden und damit Gesellschaften wie Lufthansa und KLM das Leben schwer machen können. Die Fluggesellschaften bitten uns daher darum, ihnen einen angemessenen „Vorsprung“ zu verschaffen und den anderen Airlines den Zugang zum europäischen Luftraum zu erschweren – im Interesse der Sicherung europäischer Arbeitsplätze. Flughäfen und die Luftverkehrsindustrie wie Airbus haben hingegen keinerlei Interesse, gut zahlende Kunden aus den Golfstaaten zu verprellen, da diese zur Sicherung der Auftragslage (Airbus) sowie der Auslastung (Flughäfen) und damit ihrer (auch europäischer!) Arbeitsplätze beitragen. 4) Um mir ein Bild zu machen von den Arbeitsbedingungen a) der Piloten und b) der Schiffslotsen und damit besser beurteilen zu können, ob a) Piloten (im Gegensatz zur mir vorgetragenen Einschätzung der Airlines) bessere Arbeitsbedingungen und mehr Pausen brauchen und b) sich Schiffslotsentätigkeit (im Gegensatz zur Einschätzung aus der maritimen Wirtschaft) schlecht zur Privatisierung eignet, habe ich Praxistage als Crewmitglied und als Lotsenbegleitung absolviert. 5) Wenn die Bundesregierung deutsche Abgeordnete auf deutsche Interessen bei gewissen Dossiers hinweist und Einsatz einfordert, ist das ebenso Lobbyismus wie der Hinweis aus Hannover an niedersächsische Abgeordnete, die Privilegierung im VW-Gesetz zu verteidigen. 6) Ein letztes Beispiel: in meiner Meeresgruppe SEARICA laden wir bei allen Themen sowohl Vertreter aus der Wirtschaft, den Ländern/Kommunen als auch von NGOs (nicht-Regierungs-Organisationen) ein, um möglichst ausgewogene Lösungen zu ermitteln. Da treffen dann Reederverband, Werftengewerkschaft, Umweltverbände wie WWF und „Seas at risk“ mit Meeresforschern, Hafenbetreibern, der Windkraftbranche und Aquakultur zusammen und diskutieren, wie die Zukunft der maritimen Wirtschaft gesichert werden kann bei gleichzeitig höchstmöglichem Schutz mariner Biodiversität. So etwas ist aus meiner Sicht ausgewogener Lobbyismus. Am wenigsten werden wir übrigens von kleinen und mittelständischen Unternehmen (die die meisten Arbeitsplätze stellen) „lobbyiert“, daher versuche ich, möglichst viele Betriebsbesuche vor Ort einzurichten. Fazit: meines Erachtens können wir nicht auf einen vielseitigen Austausch verzichten – schließlich sind Abgeordnete nicht allwissend und brauchen Anregungen aus der Praxis. Entscheidend ist, unabhängig zu bleiben.

V. Terminvorschau

29.5.-31.5.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
29.-31.5.	Brüssel	Besuchergruppe Frauenförderprogramm
1.6.	Wien	Rede bei der Jahrestagung der AESGP zum Thema Medizinprodukte
6.-8.6.	Brüssel	Fraktion
7.6.	Brüssel	Trilog Binnenschifffahrtsausbildung
8.6.	Essen	LFA Internationale Politik der FDP NRW
9.6.	Hannover	Gespräch Handwerkskammer
10.6.	Hannover	LFA Europa FDP Niedersachsen
12.5.-15.5.	Straßburg	Fraktion, Plenum,

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637



29. Mai 2017